



ANETTE KRAMME



Mitglied des Deutschen Bundestages



Informationen der Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Bayreuth Anette Kramme, MdB

# Der ROTE FADEN

Ausgabe II/2008

## Anette Kramme rechnet noch in diesem Jahr mit Mindestlohngesetzen

Die SPD-Vertreterin im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales, Anette Kramme, rechnet mit einer Umsetzung der neuen Mindestlohnregelungen noch in diesem Jahr.

Die Entwürfe zum Arbeitnehmer-Entsendegesetz und dem Mindestarbeitsbedingungengesetz seien fertig, sagte Kramme der Nachrichten-Agentur ddp in Berlin. Sie gehe davon aus, dass im April der Gesetzgebungsprozess beginne. Inkrafttreten könnten die Novellen dann womöglich noch vor der Sommerpause, auf jeden Fall aber in diesem Jahr.

Über das überarbeitete Entsendegesetz sollen tarifvertragliche Mindestlöhne dann für die gesamte Branche für gültig erklärt werden können, wenn mindestens eine tarifliche Bindung von 50 Prozent besteht.

Das Mindestarbeitsbedingungen-Gesetz ist für jene Wirtschaftszweige vorgesehen, in denen in den meisten Unternehmen keine Tarifverträge gelten.

Mit Problemen durch das jüngste Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts rechnet Kramme nicht.

Dieser Richterspruch sei lediglich eine «juristische Meinungsäußerung». Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) werde mit seiner Berufung Erfolg haben, zeigte sie sich überzeugt.

Dem Gericht zufolge dürfe die Mindestlohnverordnung für Briefdienste zwar nur für tariflich nicht gebundene Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelten. Dies setze aber voraus, dass die Gewerkschaft, die mit den Postkonkurrenten einen Tarifvertrag ausgehandelt habe, auch tariffähig sei, so Kramme.

PR inside vom 29.03.2008

### INHALT

Top-Thema: Mindestlohn	Seite 2
Leiharbeit ist Sklavenarbeit	Seite 3
Nahles will Tabu-Thema angehen	Seite 4
Präzisionsteile für die Raumfahrt	Seite 5
Schutz für Praktikanten	Seite 6
Rettet Orientierungsstufe die Schule?	Seite 7
Fördermodell braucht Förderung	Seite 8
Gruppenbild ohne Bürgermeister	Seite 9
Fichtelgebirge mit großen Chancen	Seite 10
Am Monatsende kein Essen übrig	Seite 11
Wohngruppe für Sterbende	Seite 12
Bedarf an Krippen unbestreitbar	Seite 13
Familienbildungsstätte bietet viel	Seite 13
Diskussion mit Schülern	Seite 14
Bei den Menschen kommt nichts an	Seite 15
SPD INTERN	Seite 16-21
Pressemitteilungen	Seite 22-28
Termine	Seite 29-30

## Mindestlohn ist Arbeitsschwerpunkt der BayernSPD-Landesgruppe – Union profiliert sich als Lohndumping-Partei

Arm trotz Arbeit – das kennen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch in Bayern. Die Ausbreitung von Niedriglöhnen ist gerade bei den Dienstleistungen und in der Zeit- und Leiharbeitsbranche zu beobachten. Daher haben die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten den Mindestlohn in den vergangenen Monaten zu ihrem Schwerpunkt gemacht: In ganz Bayern – von Arzberg über Würzburg und Augsburg bis nach Wernberg-Köblitz – haben sie Veranstaltungen zum Thema „Arbeitnehmerrechte stärken“ durchgeführt und mit Betriebsräten, Gewerkschaftern und SPD-Mitgliedern über Niedriglohn, Mindestlohn und Gute Arbeit diskutiert.

Dass das Thema unter den Nägeln brennt, war an den Teilnehmerzahlen zu merken: Die Veranstaltungen waren gut besucht. Großen Diskussionsbedarf gab es gerade in Regionen, in denen Niedriglöhne verbreitet sind wie in der Flughafenregion Erding-Freising. „Anständige Arbeit muss auch anständig bezahlt werden. Geschäftsmodelle, die auf Hungerlöhnen basieren, wollen wir nicht akzeptieren“, sagte Florian Pronold, Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag.

Der Mindestlohn ist eine Frage der Gerechtigkeit: Rund 1,5 Milliarden Euro im Jahr werden aus dem Bundeshaushalt für Menschen aufgewendet, die vom geringen Gehalt nicht leben kön-



nen und eine Aufstockung in Höhe des Arbeitslosengeldes II erhalten.

Die SPD will verhindern, dass die Gemeinschaft zum dauerhaften Lohnzahler wird. „Dafür gibt es einen breiten Rückhalt in der Gesellschaft. Die Mehrheit in Deutschland will den Mindestlohn“, sagte die Abgeordnete Anette Kramme, Expertin für Arbeitsrecht in der bayerischen SPD-Landesgruppe.

Aus den Reihen der Gegner heißt es immer wieder, der Mindestlohn gefährde Arbeitsplätze. Das stimmt nicht: Im Gegenteil: Höhere Löhne schaffen eine höhere Nachfrage und damit wiederum Arbeitsplätze. Auch nimmt die SPD auf die speziellen Bedingungen in den einzelnen Branchen Rücksicht, indem sie einen branchenspezifischen Mindestlohn fordert.

Falsch ist außerdem der Vorwurf, dass Arbeitsplätze mit Durchsetzung des Mindestlohns ins Ausland verlagert werden. Schließlich handelt es sich bei den meisten von Lohndumping betroffenen Branchen um ortsgebundene Dienstleistungen: Arbeitsplätze in bayerischen Arztpraxen, Bäckereien, Drogerien oder in der Flughafenregion nördlich von München können kaum nach Tschechien oder Rumänien verschoben werden. Gemeinsam mit den Gewerkschaften kämpft die SPD-Bundestagsfraktion Branche für Branche durch, um sie in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufzunehmen.

Erfolge gibt es bereits zu vermelden: im Gebäudereinigerhandwerk, im Maler- und Lackiererhandwerk, im Abbruch- und Abwrackgewerbe, bei den Dachdeckern, im Elektrohandwerk und bei den Briefdienstleistern. Für die Industriellen Textilen Dienste und die Zeitarbeit steht der Mindestlohn kurz bevor. Mitte Februar haben zwei der drei großen Zeitarbeitsverbände – der Bundesverband Zeitarbeit und der Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen – die Aufnahme ins Entsendegesetz beantragt.

*Bayern Vorwärts 03/2008*

Nordbayerischer Kurier vom 04.04.2008

**„Leiharbeit ist Sklavenarbeit“****Leidenschaftliche Diskussion mit SPD-Vize-Chefin Andrea Nahles**

Kampfeslustig redet sie sich in die Herzen der Sozialdemokraten und Gewerkschafter: SPD-Vize-Chefin Andrea Nahles, auf Einladung der oberfränkischen SPD-Chefin und Bundestagsabgeordneten Anette Kramme gestern in Bayreuth, hat Lohndumping verdammt. In Deutschland gebe es bald eine Million Leiharbeiter, so Nahles. „Leiharbeit ist Sklavenarbeit“, meinte Wolfgang Hasibether von der Leuschner-Gedenkstätte in der leidenschaftlich geführten Diskussion. Bei vollem Haus im Saal der Sudpfanne äußerten sich Gewerkschafter enttäuscht, dass in der großen Koalition keine lupenreine sozialdemokratische Arbeitnehmerpolitik möglich ist. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – ohne Ausnahme, lautet das Credo der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden, die christliche Gewerkschafter dafür verantwortlich macht, dass Tarifverträge unterlaufen würden. „1,5 Milliarden Euro kostet uns der Spaß, dass Arbeitgeber



Hungerlöhne zahlen“, sagt Nahles, und meint damit, dass viele Arbeitende von ihrem Lohn nicht leben können und auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. 4,6 Millionen Deutsche hätten weniger als 7,50 Euro Stundenlohn. Gerne würde sie Leuten mit nur 800 bis 1300 Euro Einkommen einen Steuerzuschuss für die Sozialabgaben geben, doch fürchte sie einen bloßen Mitnahmeeffekt, weil es in Deutschland keinen flächendeckenden Mindestlohn gibt. Bei einem Mindestlohn von 7,50 Euro würde dank größeren Beitragsaufkommens das

Rentenniveau um 1,4 Prozent steigen. Kramme prangerte Niedriglöhne bei der Servicegesellschaft des Bayreuther Klinikums an, und sagte, von der katholischen Arbeitnehmerorganisation habe sie erfahren, dass in Oberfranken Stundenlöhne von drei Euro sowie brutto 535 Euro für Vollzeitarbeit gezahlt würden. Für Praktikanten verlangte Nahles „ein Minimum an Knete auf dem Konto“. Junge Leute nach Ausbildung oder Studium ein „halbes Jahr für lau“ zu beschäftigen, sei Ausbeutung. 300 000 Altbewerber warteten immer noch auf eine Lehrstelle.

„Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Ausbildung.“ Den Spaltpilz sieht Nahles in Konzernen wuchern, weil diese Leiharbeitsfirmen gegründet und damit eine zweite Tarifstruktur aufgebaut hätten. Die Stammebelegschaften fühlten sich erpresst, weil Leiharbeiter billiger arbeiteten. „Wir müssen die Temperatur bei den Themen Mindestlohn und Leiharbeit nach oben fahren“, so Nahles. In Westdeutschland bestehe Tarifbindung nur noch für 60 Prozent der Beschäftigten. Nahles: „Hier ist etwas aus dem Lot geraten.“

Fränkischer Tag vom 04.04.2008

**Nahles will Tabu-Thema angehen****Die SPD-Politikerinnen Nahles und Kramme wollen ein Heilmittel aus Bamberg mit einer Kampagne unterstützen**

„Nah bei den Menschen“ lautet die neue Kampagne, die die Bundes-SPD vor genau 17 Tagen gestartet hat. Seitdem reisen Spitzenpolitiker der Sozialdemokraten unermüdlich durchs Land. Gestern war die stellvertretende Bundesvorsitzende Andrea Nahles aus Rheinland-Pfalz in Oberfranken unterwegs und besichtigte unter anderem die Dr. R. Pfleger GmbH in Bamberg, eine 100-prozentige Tochter der Dr.-Robert-Pfleger-Stiftung. Begleitet wurde die 37-Jährige von einer Reihe von SPD-Politikern aus der unter ihnen auch die oberfränkische SPD-Vorsitzende Anette Kramme (MdB). Bundespolitik schien weit weg an diesem Donnerstagmittag, aber dieser Eindruck täuschte.



„Ich bin hierher gekommen, weil mich das Stiftungsmodell interessiert, das auch bei Pfleger für dauerhafte Besitzverhältnisse sorgt und

fremde wirtschaftliche Einflüsse verhindert“, sagte Nahles. Das soziale Engagement Pflegers zeige, dass sich eine solche Konstellation auch für die Öffentlichkeit optimal auswirke. „Auch als arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion kann ich diese Struktur allen Firmen nur empfehlen, die vor dem Erbfall stehen und verhindern wollen, dass die Lebensleistung der Besitzer zerschlagen wird“, sagte

Nahles. Zuvor auf offene Ohren stießen vor allem seine Ausführungen über das Heilmittel Spasmex, das vielen Menschen bei Inkontinenz-Beschwerden ein längeres selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Doch weil das Thema Inkontinenz tot geschwiegen werde, sei die segenreiche Wirkung kaum bekannt, obwohl Spasmex keine Nebenwirkungen habe. Wie Nahles und Kramme meinten, habe es erhebliche sozialpolitische und finanzielle Bedeutung, wenn Menschen nicht ins Altenheim abgeschoben werden müssten. Sie versprachen bei Gesundheitsministerin Ulla Schmidt für eine Kampagne einzutreten, die das Tabuthema Inkontinenz in die Öffentlichkeit holt.

Eigenbericht vom 04.04.2008

**Präzisionsteile sogar für die Raumfahrt****Andrea Nahles besucht zusammen mit Anette Kramme, Carl-Christian Dressel und Christa Steiger die Formen und Maschinenbaufirma Kleylein in Marktrodach**

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Andrea Nahles besuchte im Rahmen ihrer Oberfranken-Tour auch den Marktrodacher Formen und Maschinenbauer Kleylein und konnte sich direkt vor Ort über die Unternehmensstruktur sowie die Produkte informieren. Beeindruckt zeigten sich die Politiker vor allem von den hochpräzisen Maschinen, mit denen Teile selbst für die Raumfahrtindustrie hergestellt werden. Aber auch für Hubschrauber oder Flugzeuge werden einzelne Werkstücke produziert. Beim Rundgang durch die Marktrodacher Fertigungshalle kamen Nahles und Kramme auch mit Mitarbeitern des Betriebs ins Gespräch. Dort erfuhren sie viel über den täglichen Ablauf und die Grundvoraussetzungen ihres Berufes.



Fränkischer Tag vom 04.04.2008

**„In Bayern gibt es eine Wechselstimmung“  
Interview mit Andrea Nahles**

*Die SPD hat bei den Kommunalwahlen vor einem Monat von der Schwäche der CSU nicht profitieren können. Wo sehen Sie die Ursachen für das Versagen und welche Perspektiven haben Sie für die Landtagswahlen?*

**Nahles:** Wenn ich die Region Bamberg betrachte oder auch Coburg und andere Bereiche Bayerns, wo die SPD mehrere Bürgermeistersitze gewonnen hat, spricht das dafür, dass unser persönliches und inhaltliches Angebot stimmt. Ich will die Situation der Partei in Bayern nicht schön reden, aber wer den derzeitigen Katzenjammer der CSU wahrnimmt, muss eingestehen, dass ordentlich was in Bewegung geraten ist. Ich denke, die Landtagswahlen sind die spannendsten Wahlen seit 20 Jahren, weil die Stimmung auf einen Wechsel hinausläuft. Bis vor kurzem konnte man sich Bayern ohne absolute Mehrheit der CSU nicht vorstellen. Jetzt kann man es sich vorstellen.

*Kurt Becks persönliche Umfragewerte sind weiter abgesackt. Er liegt jetzt hinter Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Klaus Wowereit, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin. Stellt sich die Führungsfrage?*

**Nahles:** Der Rückhalt für Kurt Beck ist da und ich bin der Meinung, es wäre an der Zeit, aus den internen Debatten herauszufinden. Wir wollen in der Regierung mit der Union noch einiges umsetzen, das sehen Sie an unter anderem an der Mindestlohn-debatte. Die Frage der Kanzlerkandidatur wird die Partei nicht vor Ende dieses Jahres klären. So lange wollen wir es halten wie ein Kirchenchor: Wir geben die Konzerte öffentlich, aber nicht die Proben.

*Wie wird sich ihr Verhältnis zur Linkspartei entwickeln?*

**Nahles:** Wir sehen die Linke als ganz normalen politischen Gegner und nicht als Koalitionspartner. So wollen wir sie auch fordern. Es gäbe auch heute schon auf Bundesebene die Möglichkeit zu koalieren, aber aus inhaltlichen Gründen können wir es nicht verantworten. Eine Entscheidung über eine politische Zusammenarbeit kann aber auch nicht mehr auf Bundesebene für alle Länder getroffen werden. Das hängt von Inhalten und Personen ab.

Kölnischer Stadt-Anzeiger vom 19.03.2008

**Olaf Scholz: Schutz für Praktikanten****Anette Kramme: Viele werden nicht ausgebildet, sondern ausgebeutet**

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) will dafür sorgen, dass Praktikanten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder einem vollendeten Studium besser bezahlt werden.

Deshalb bereitet das Arbeitsministerium mehrere Klarstellungen im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) vor. Erstens will der Arbeitsminister dort festlegen, dass Praktikanten mit einer abgeschlossenen Ausbildung künftig eine „angemessene“ Vergütung von ihrem Arbeitgeber erhalten.

Zweitens soll im BGB festgeschrieben werden, dass Praktikanten, die wie Arbeitnehmer eingesetzt werden, auch wie solche bezahlt werden müssen. Beides ist aber tatsächlich heute schon Rechtslage nach dem Bundesausbildungsgesetz. Allerdings soll nach den Ministeriumsplänen die Beweislast, ob ein Praktikum oder ein Arbeitsverhältnis vorliegt, stärker auf den Arbeitgeber verlagert werden.

Zusätzlich will Scholz erreichen, dass Praktikanten Anspruch auf einen schriftlich fixierten Vertrag

haben. Hintergrund ist eine Studie zur „Generation Praktikum“, die das Arbeitsministerium beim Institut für Empirische Sozialökonomie in Auftrag gegeben hat.



lediglich 31 Prozent der jungen Leute können demnach nach beendeter Ausbildung oder abgeschlossenem Studium nahtlos in eine unbefristete Vollzeitstelle wechseln. Für die anderen heißt es: befristete Verträge, Leiharbeit, Arbeitslosigkeit – und Praktika.

Ein hoher Anteil der Befragten gab an, als normale Arbeitskraft eingesetzt worden zu sein. 30 Prozent der freiwilligen Praktikanten fühlten sich

ausgenutzt. „Viele Praktikanten werden nicht ausgebildet, sondern ausgebeutet. Dieser Skandal wird durch die Studie belegt“, sagte die SPD-Bundestagsabgeordnete und Arbeitsrechtlerin Anette Kramme dem „Kölner Stadt-Anzeiger“.

Arbeitsminister Scholz bezeichnete es als „bemerkenswert“, dass rund die Hälfte der befragten Praktikanten gar kein Geld bekam. Er machte zugleich deutlich, dass die Regierung Berufspraktika nicht „kaputt machen“ wolle – denn vielen böten sie einen guten Einblick in das angestrebte Berufsfeld.

Ein Verbot von Praktika oder einen Mindestlohn in diesem Bereich plant Scholz nicht. Kritik gab es von den Gewerkschaften. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock forderte Scholz auf, Praktika auf drei Monate zu begrenzen. Die derzeitigen Pläne änderten an der Situation der Praktikanten in Wirklichkeit nichts, fügte sie hinzu.

Nordbayerische Nachrichten vom 03.03.2008

Rettet „Orientierungsstufe“ die Schule?

SPD gibt Tipps gegen das von der CSU gewollte breite Schulsterben in ganz Bayern

Es gibt einen kleinen Hoffnungsschimmer für den Erhalt der Hauptschule: Sollte eine Petition an den Landtag eingereicht werden, wird die SPD dafür sorgen, dass sie schnell behandelt wird. Dann will die SPD versuchen, das Verfahren bei der Regierung von Oberfranken zu stoppen. Es war ein „Großaufgebot“, das sich in der Schule traf: der kulturpolitische Sprecher der SPD im Landtag, Ulrich Pfaffmann, dazu MdB Annette Kramme, die Bürgermeister Friedrich Funk und Karlheinz Escher, Dritte Bürgermeisterin Renate Pickelmann aus Plech, Landratskandidat Karl Lothes, viele Stadträte, alle vier Bürgermeisterkandidaten, Betzensteiner Eltern, darunter die Vorsitzende des Elternbeirats, Birgit Häußler. Bürgermeister Friedrich Funk war dankbar, dass die SPD auf die Bitte der Stadt um Unterstützung für den Erhalt der Hauptschule (übrigens als einzige) reagierte. Er schilderte die Sachlage: Zum 1. August werde die Hauptschule geschlossen, weil nicht mehr alle Klassen die Mindestzahl von 15 Schüler erreichen. Es müsse schnell was passieren, denn „wir müssen Zeit gewinnen, um vielleicht noch eine andere Lösung zu finden“. Funk schilderte auch die Folgen einer Schulschließung, angefangen von wirtschaftlichen Nachteilen über einen Verlust der Attraktivität für junge Familien bis zu den erheblichen Kosten

für die Schulbusse. Dabei gibt es im Gegenzug neue Statistiken, wonach sich die Zahl der Geburten wieder gesteigert hat.

Karlheinz Escher

verwies darauf, „dass wir seit Jahren für den Erhalt der Schule kämpfen.“ Der SPD-Mann machte klar, dass die geplante Schulschließung kein Betzensteiner, sondern ein bayerisches Problem sei. Über 500 Schulen seien schon geschlossen worden. Das sei erklärtes politisches Ziel der CSU und davon könnten auch zweizügige Hauptschulen betroffen sein. Die SPD habe immer gefordert, den Schulen eine Standortsicherung zu geben, weil sonst für die Gemeinden nicht nur die Attraktivität zurückgeht, sondern sie verlören auch wirtschaftlich an Bedeutung. Es gehe aber auch um die finanziellen Fragen, denn die Busbeförderung koste Geld und das müssten die Gemeinden zahlen. „Wir kämpfen bayernweit um jede Schule.“ Renate Pickelmann sprach vom Ermessensspielraum der Regierung. Den müsste sie zugunsten von Betzenstein



nutzen. Im Übrigen fühle sie sich beim Kampf um die Schule alleingelassen.

Eine Lösungsmöglichkeit, so Pfaffmann, sei das Einreichen einer Petition, über die das Parlament beraten muss. Er könnte dafür sorgen, dass sie möglichst schnell auf die Tagesordnung kommt. „Außerdem kann ich dafür sorgen, dass Sie bei der Diskussion im zuständigen Landtagsausschuss zu Wort kommen.“ Annette Kramme bot spontan an, dass ihr Büro hier hilft, wenn dies gewünscht wird. Ulrich Pfaffmann sprach aber noch eine zweite Möglichkeit an.

Die Schule Betzenstein/Plech solle eine Orientierungsstufe einrichten. Dies bedeute, dass die „gnadenlose Auslese“, dann nicht mehr in der vierten Klasse stattfindet, was manche Kinder und Eltern fast zur Verzweiflung treibt, sondern dann bleiben die Schüler bis zur sechsten Klasse beieinander.

Nordbayerischer Kurier vom 03.03.2008

**Fördermodell braucht selbst Förderung****Zu wenig Lehrer, zu wenig Stunden: SPD-Bildungsexperte informierte sich über Kooperationsklassen**

Das Konzept passt, kann Erfolge nachweisen. Aber es fehlt an Stunden, an Lehrern. Die vor viereinhalb Jahren an der Grundschule Pegnitz ins Leben gerufenen Kooperationsklassen, in denen Schüler mit Förderbedarf am normalen Regelunterricht teilnehmen und dabei besondere Unterstützung erfahren, bräuchten selbst eine Förderung. Und zwar dringend. Bei einem Besuch von Ulrich Pfaffmann, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, betonten Grundschulrektor Wolfgang Leipert und sein Kollege Reinhard Ullmann von der Dr.-Dittrich-Förderschule die ausgezeichnete Partnerschaft beider Schulen – und ihre persönliche gegenseitige Wertschätzung, die trotz aller Probleme manches leichter mache. Acht dieser so genannten Koop-Klassen gibt es insgesamt in der Region, in Pegnitz, Creußen oder

Auerbach. „Das sind vier Fünftel aller solcher Klassen in ganz Oberfranken“, so Ullmann. Die Nachfrage sei groß, „doch mehr können wir nicht leisten, weil zu wenige mobile Kräfte zur Verfügung stehen“. Sonderschullehrerin Heidi Köstler-Bernhardt ist fleißig unterwegs, um den meist vier bis sechs Schülern mit Förderbedarf pro Klasse Hilfestellung zu geben. Ihr Einsatz an anderen Schulen führe aber auch zu einem reduzierten Angebot an der Dittrich-Schule: „Luxus geht nicht mehr, Angebote wie etwa einen Chor können wir nicht mehr vorhalten.“ Etwa 1,2 Stunden pro Woche pro Kind seien leistbar, so Ullmann, „aber bis zu zwei wären möglich“. Wenn denn noch mehr Personal zur Verfügung stünde. Heidi Köstler-Bernhardt und Grundschullehrerin Karin Meier-Klebe bedauerten vor allem, dass keine Stunden für Absprachen vorgesehen sind.

Hier versprach Ulrich Pfaffmann aktiv zu werden, er will sich für zwei zusätzliche Stunden stark machen. Garantieren könne er nichts, denn eine Genehmigung könne rasch Begehrlichkeiten andernorts wecken. Mangel verwalten Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf fielen in der Regel „hinten runter“, umso wichtiger sei dieses Modell im Raum Pegnitz. Weil es Integration auf breiter Basis ermögliche. Stundenzuweisungen müssten ganz allgemein auf den Prüfstand der bayerischen Schulpolitik. Solange nicht mehr Planstellen für Lehrer geschaffen werden, könnten die Schulämter nur den Mangel verwalten. Es gelte den individuellen Bedarf vor Ort zu ermitteln und Stunden wie Lehrer dann zentral nach den Erfordernissen festzulegen. Nicht nach einem Gießkannenprinzip. Große wie kleine Schulstandorte seien zu berücksichtigen. Pfaffmann: „Geld ist da, die Kassen sind so voll wie lange nicht mehr.“ Die Grundschulen zeigten, dass Integration in heterogenen, also gemischten Klassen besser funktioniere. Für Reinhard Ullmann sollte dieses Modell auf alle Regelschulen ausgeweitet werden, wie dies in Italien bereits der Fall ist. Dort zeige sich auch, dass dieser Weg der wirtschaftlich günstigere sei. Doch für eine solche „komplette Integration“ bedürfe es einer grundsätzlichen politischen Weichenstellung.

Fränkischer Tag vom 29.02.2008

**Gruppenbild ohne Bürgermeister**

**Gößweinsteins Verwaltungschef Georg Lang versetzte Landtagsabgeordnete Gudrun Peters. Inzwischen entschuldigte er sich bei der Tourismusexpertin der SPD-Landtagsfraktion.**



Die Sozialdemokraten sind empört über Bürgermeister Georg Lang von der CSU. Denn vergebens warteten sie im Gasthof Zur Post auf ihn. Dort sollte sich die tourismuspolitische Sprecherin der Landtags-SPD, Gudrun Peters aus Deggendorf, nach einem Besuch der Basilika und der Baustelle Wallfahrtmuseum ins Goldene Buch des Marktes eintragen. Wer mit dem Gästebuch der Gemeinde jedoch nicht kam, war Bürgermeister Lang. Dritter Bürgermeister Georg Bauernschmitt versicherte, dass er mit Lang diesen Termin fest vereinbart gehabt habe. Telefonisch sei Lang für ihn auch nicht erreichbar. SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme zeigte sich tief enttäuscht. Wenn „so ein hoher

das Wallfahrtmuseum fertig sei. Auch Werner freut sich auf das Museum. „Das wird eine tolle Geschichte“, sagte er. Dann beklagte Werner, dass nach der Maueröffnung in Gößweinstein die klassischen Urlauber aus Berlin, weg gebrochen. seien. Kein Wunder für ihn, da man in den neuen Bundesländern inzwischen viel mehr bieten könne. Zum Wallfahrtmuseum meinte Peters, dass es genau in den heutigen Zeitgeist passe. Auch Besinnungsurlaub werde immer mehr nachgefragt. „Dazu könnte man in Gößweinstein Seminare anbieten“, schlug sie vor. Kramme verwies darauf, dass die Region in Sachen Tourismus Qualitätsprobleme habe. Diese sind aber laut Werner auch hausgemacht. Denn wer die Fränkische Schweiz als Billigurlandsgebiet

Gast kommt“, dann müsse das auch von einem Bürgermeister gewürdigt werden: „Egal welcher Partei er angehört.“ Die Auflage einer Museums-Card in Zusammenarbeit mit dem Fränkische-Schweiz-Museum und dem Spielzeugmuseum vorschwebte, wenn

bewerbe, brauche sich nicht wundern, „wenn die Leute hier kein Geld lassen“. Außerdem, so der Arge-Chef, müssten in Sachen Werbung endlich die kommunalpolitischen Schranken fallen. Nicht mehr zeitgemäß seien Tourismuskataloge einzelner Fremdenverkehrsgemeinden. Werner schlug vor, dass Gößweinstein, Pottenstein und Wiesenthal gemeinsam einen Imageprospekt herausgeben. Viel gebündelter könnte man darin die touristischen Highlights in den drei Gemeinden vorstellen. Und günstiger wäre es auch noch für alle Beteiligten. „Wir brauchen, ein neues Tourismuskonzept, das dann auch tatsächlich umgesetzt wird“, forderte Werner. Angelika Limmer verwies darauf, dass Gößweinstein vor sechs Jahren die große Chance für ein Kristallbad vertan habe. Sie schlug vor, dass die Tourismuszentrale ein Konzept für die Kulturangebote in der Region erstellt: „Inklusive der hervorragenden heimischen Produkte die auf den Tisch des Gastes gebracht werden müssen.“ Peter Wölfel beklagte, dass der Tourismus in der Fränkischen Schweiz nur auf die Sommermonate ausgerichtet sei. Inzwischen entschuldigte sich Bürgermeister Georg Lang bei der SPD-Landtagsabgeordneten.

Eigenbericht vom 29.02.2008

## Fichtelgebirge mit großen Chancen im Tourismus Bürokratie bei Förderung durch Regierung von Oberfranken kritisiert

Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Anette Kramme besuchte die tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Gudrun Peters das Fichtelgebirge. Im Sporthotel Kaiseralm diskutierte die Tourismusexpertin mit Vertretern der Tourismusbranche über Chancen und Möglichkeiten des Fichtelgebirges. Guido Schreiner, Inhaber des Sporthotels Kaiseralm, fand dann auch gleich deutliche Worte. Die Politik müsse für allgemein bessere Rahmenbedingungen sorgen, damit Investoren wie ihm nicht ständig Hürden aufgebaut würden. „Schließlich muss ich die Millioneninvestitionen verantworten und Sorge auch für zahlreiche Arbeitsplätze in der Region“. Andreas Schreyer, Betriebsleiter der Seilbahnen am Ochsenkopf, erklärte die Funktionsweise der modernen Beschneiungsanlage. Sie sei der Garant dafür, dass Skisport, und damit ein wichtiger touristischer Faktor für die Region, über einen längeren Zeitraum hinweg möglich sei. Auch der Bischofsgrüner Bürgermeister Stephan Unglaub ist von Erfolg der Beschneiungsanlage überzeugt. Eine Diskussion über eine mögliche Skihalle wollte er allerdings nicht führen. „Dieses Projekt haben wir sehr wohl noch im Auge, dazu müsste aber noch einiges passieren. Von kommunaler Seite ist dieses Projekt jedoch nicht zu



schultern. Da müsste schon ein Privatinvestor agieren“, erklärte er. Andreas Munder, Geschäftsführer der Tourismus & Marketing GmbH Ochsenkopf erläuterte die Schwierigkeiten, die sich ihm bei der Vermarktung des Fichtelgebirges stellen“. Nahezu jeder Deutsche kennt Bayern, die meisten davon kennen auch Franken, das Fichtelgebirge jedoch ist vielen Urlaubern noch absolut unbekannt. Hier müssen wir ansetzen und das Fichtelgebirge einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen“. Jürgen Kölbl, Betreiber des erfolgreichen „Outdoorpark Oxenkopf“ erzählte von seinem letztendlich erfolglosen Versuch, von der Regierung von Oberfranken einen Zuschuss für

seinen Kletterpark an der Talstation des Ochsenkopfs zu erhalten. „Erst blitzt man bei nahezu jeder Bank auf der Suche nach Finanzierung ab, weil sich kein Kreditberater in diesem Geschäft auskennt. Dabei arbeiten nahezu alle Kletterparks weltweit äußerst rentabel. Dann wird man bei der Regierung noch von Ansprechpartner zu Ansprechpartner verwiesen, es werden die unterschiedlichsten Fördermöglichkeiten erläutert, nur um letztendlich festzustellen, dass es keine Förderung geben wird. Hier muss für Investitionswillige noch einiges verbessert werden“.

Nordbayerischer Kurier vom 29.02.2008

## Am Monatsende kein Essen mehr übrig Diskussionsabend zum Thema „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“

„Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“ lautete das Thema einer Diskussionsveranstaltung am Mittwochabend in der Gaststätte Moosing. Das Augenmerk galt Kindern aus sozial schwächeren Bevölkerungsschichten. Die Diskussion leitete die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme. Immer häufiger gingen derzeit Meldungen von Kindstötungen durch die Medien. Ebenso höre man von Kindsvernachlässigung, aus welcher verschiedenste Folgeerscheinungen wie Gesundheitsprobleme, Leistungsstörungen oder Teenager-Schwangerschaften resultieren können. Neben aktuellen Schlagzeilen wollte man den Fokus speziell auf die sozial und finanziell benachteiligten Kinder Bayreuths richten. Irene von der Weth vom Paritätischen Wohlfahrtsverband merkte an, dass 18 Prozent der deutschen Bevölkerung armutsgefährdet seien, davon 2,5 Millionen Kinder. Sie halte es für sinnvoll die Regelsatzleistungen um 20 Prozent zu erhöhen. Ingrid Struller von der Bayreuther Tafel berichtete, dass ein Drittel der auf die Organisation Angewiesenen unter 18 Jahre alt sei. Zwar stünden in bedürftigen Familien die Kinder meist an erster Stelle, doch wäre es keine Seltenheit, dass auch für diese am Monatsende kein Essen mehr übrig sei. Die Redner schienen sich einig, dass es sinnvoll wäre, in Sachleistungen wie Nahrungsversorgung in den

Schulen zu investieren, anstatt Eltern direkt Gelder zukommen zu lassen, welche diese oftmals für die falschen Zwecke missbrauchen würden. Als Expertin war Marlene Ruprecht, Kinderbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, anwesend. Sie machte darauf aufmerksam, dass die Kinder- und Jugendpolitik des Staates bisher defizitorientiert sei.



Es sollten Strukturen geschaffen werden, die eine Einbindung aller Kinder in die Gesellschaft ermöglichen. Wichtig sei es, früh Vorsorge zu treffen, um zu verhindern, dass Kinder zu Almosenempfängern würden. Eltern in sozialen Brennpunkten müsse frühe Unterstützung geboten werden, etwa eine Begleitung während der Schwangerschaft und den ersten Monaten, um sich zurechtfinden zu können. Dem Kind ein bejahendes Umfeld bieten zu können und emotionale Förderung in der Familie müsse manchmal erst gelernt werden. Roland Sack vom VdK plädierte für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, um Projekte wie den Ausbau einer Kindertagesstätte gestalten zu können. Bessere Bildungschancen und mehr

Schulabschlüsse würden einer späteren Arbeitslosigkeit vorbeugen. Dass Armut und Bildungsdefizite einhergingen und ein Generationenproblem seien, wurde mehrfach angemerkt. Es müsse daran gearbeitet werden, den Teufelskreis der vererbten Armut zu durchbrechen. Stadträtin und Unicef-Vorsitzende Bayreuths, Christa Müller-Feuerstein, betonte, dass Kinderrechte in Sachen Gleichheit, Gesundheit und Bildung in der Verfassung verankert werden müssten. Außerdem fehle es Bayreuth an Kinderbetreuungsmöglichkeiten und einer Ganztagschule, welche lediglich aus dem Grund der Standorteinigung noch nicht entstehen konnte. Von Erfahrungen mit sozial schwachen Kindern berichtete Hauptschulrektor Roland Dörfler. Neben Bildungsdefiziten und Problemen in der Familie zeigte sich bei sozial benachteiligten Kindern eine hohe Gewaltbereitschaft. Da sie eine Minderheit bilden, ließe die Solidarität von besser gestellten Kindern zu wünschen übrig. Das Modell der Gesamtschule würde die Integration fördern, während Ganztagsunterricht einen sozialen Abrutsch verhindern könnte. Neben Rückhalt durch Lehrkörper würden sinnvolle Freizeitangebote wie das Lernen eines Instrumentes und Sportangebote eine Abstumpfung durch Fernsehen und Computerspielen abwehren.

Nordbayerische Nachrichten vom 26.02.2008

### Vorschlag: Wohngruppe für Sterbende Dekan lässt die Idee einer palliativen Betreuung prüfen – Besuch der SPD

Mit der Präsentation des „fast fertigen“ neuen Saales im Brigittenheim begrüßte Dekan Gerhard Schoenauer etliche kommunale SPD-Politiker, die mit MdB Annette Kramme zu Besuch kamen. Dabei gab er seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Fertigstellung heuer noch erfolgen kann. Der Dekan berichtete von einem neuen Ziel, das zurzeit angedacht werde: „Wir überlegen, ob es machbar und rechtlich möglich ist, eine Art „palliative Patientenversorgung“ für Sterbende einzurichten. Es wäre für Pegnitz sinnvoll, ein derartiges Angebot bereit zu halten. Ins Auge gefasst wurde dafür die ehemalige Pfarrerswohnung im Haus, die ab 1. April frei wird. Schoenauer lobte das Engagement der 40 ehrenamtlichen Helfer. „Toll, was hier geleistet wird, dies sind die Engel unserer Zeit“. Uwe Raab sprach ein dickes Dankeschön für die freiwillige und unentgeltliche Hilfe, die mit Güte und Herz geleistet wird, aus. Er lobte die hohe Leistungsfähigkeit, die von den Kinderkrippen bis zum Altenheim festzustellen sei. Immer wieder werde versucht, im Stadtrat Gelder locker zu machen, „wenn dies häufig auch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist“. Sein Dank galt aber auch den Pegnitzer Kirchengemeinden, welche großartigen Leistungen sie dafür erbrächten. Raab überreichte als „Geschenk der Anerkennung“ eine gebundene Rose



mit einem Präsent an Margarethe Bauer, sie ist der Blumenpflegedienst, und an Sabine Heidenreich, die Besucherdienste leistet mit dem Schwerpunkt in der Demenzabteilung „Gute Stube“. Anne Amberg leistet Besucherdienste und weitere soziales Engagement und Heimbeirätin Christa Meyer engagiert sich bei der Hospizarbeit und gibt Gymnastikstunden“. Annette Kramme: „Ich zahle gerne und viel Kirchensteuer, weil ich sehe, wie viel Gutes damit geschieht. Ich habe das Gefühl, dass die Einrichtungen von den Leitern mit Herz und großer Motivation geleitet werden. Deutschland wäre „arm dran“, wenn es die ehrenamtliche Arbeit nicht gäbe, es sähe schlecht aus, weil „kaum finanzierbar“. Sie meinte, dass

auch demenzkranke Menschen direkte Zuwendungen bräuchten. „Wir hoffen dass Sie noch lange mithelfen. Wenn ich mal aus der Politik ausscheide, werde ich nie aufhören, mich gesellschaftlich zu engagieren“, so Kramme. Karl Lothes hat schon einen „Brett!“-Termin ins Auge gefasst, ihm schwebt eine Klavier-Matinee mit Lesung vor, um im neuen Saal einen Hörgenuss zu präsentieren. Weiter sagte er, dass er einen „Kreis-Senioren-Ring“ ins Leben rufen will, damit ältere Menschen ihre Lebenserfahrung einbringen können“. Vor dem Abstecher im Brigittenheim war die SPD-Riege noch in der katholischen Kinderkrippe „Spatzennest“ und in der Familienbildungsstätte „Villa Kunterbunt“ und spendete jeweils 100 Euro.

Eigenbericht vom 26.02.2008

### Bedarf an Kinderkrippen ist unbestreitbar SPD besucht katholische Kinderkrippe „Spatzennest“



Die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme besuchte auf Einladung der Pegnitzer SPD-Stadtratsfraktion die katholische Kinderkrippe „Spatzennest“. Die Forderung der Pegnitzer SPD nach Einführung von Kinderkrippen in Pegnitz ist mindestens ein Jahrzehnt alt. Doch die Mehrheit in der Pegnitzer Parteienlandschaft im Stadtrat wehrte sich eine Ewigkeit lang mit Händen und Füßen dagegen. Dass durch die Einführung von Krippen weder die abendländische Kultur zugrunde ging noch die Kinder bleibende Schäden in der Kinderkrippe erlitten, davon konnte sich die SPD bei einem Besuch der katholischen Kinderkrippe "Spatzennest" persönlich überzeugen. Marion

Rothenbach, die Leiterin der Einrichtung", schilderte kompetent die Erfahrungen der ersten sechs Monate Kinderkrippe. Die Eltern der Kinder hätten durchweg positive Rückmeldungen gegeben, die Zufriedenheit mit der Einrichtung sei groß. Die Kinder fühlten sich wohl. Der SPD-Vorsitzende Oliver Winkelmaier und der Fraktionsvorsitzende Uwe Raab betonten, dass Kinderkrippen eine segensreiche Einrichtung und enorm wichtig zur Erlernung sozialer Kompetenzen für die Kinder seien. Die oberfränkische SPD-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Anette Kramme ergänzte, dass Krippen für Kinder nur Vorteile hätten. Um sich für die geleistete Arbeit zu bedanken, überreichte Oliver Winkelmaier eine Spende an die Kinderkrippe. "Sie können jede Hilfe gut gebrauchen, dass Geld kommt dem wichtigsten in unserer Gesellschaft zu Gute, nämlich unseren Kindern", so Oliver Winkelmaier.

Eigenbericht vom 26.02.2008

### Familienbildungsstätte bietet viel für wenig Geld SPD zu Besuch in der Villa Kunterbunt

Die Pegnitzer SPD konnte sich zusammen bei einem Ortstermin von der hervorragenden Arbeit der evangelischen Familienbildungsstätte "Villa Kunterbunt" überzeugen. Neben den zahlreichen und vor allem kostengünstigen Angebote für Kinder und Eltern waren die Stadtratskandidaten und die oberfränkische SPD-Bezirksvorsitzende Anette Kramme von den integrativen Kursen für Aussiedlerfamilien überzeugt. „Das ist genau der richtige Weg der Integration. So kann es bestens funktionieren“, so der Ortsvereinsvorsitzende Oliver Winkelmaier. Die Einrichtung bietet mehrere Sprachkurse für "Russland-Deutsche" und Kindergruppen an, in denen "spielend" die deutsche Sprache erlernt wird. Neben den vielen Angeboten für Kinder bietet die Villa Kunterbunt aber auch zahlreiche Kurse für Erwachsene, wie etwa "Schüssler-Salze" oder "Homöopathie im Alltag" an. „Ein hervorragendes Konzept mit sehr günstigen Preisen, dass müsste es öfter geben“, so Anette Kramme. Dekan Gerhard Schönauer erklärte, dass es für die evangelische Kirche selbstverständlich sei, solche Angebote vorzuhalten.



Eigenbericht

**Anette Kramme diskutiert mit Schülern  
Rauchverbot und Leiharbeit beherrschende Themen**

Die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) stellte Schülern aus Praxis-Klassen der Hauptschule St. Georgen den Beruf des Bundestagsabgeordneten vor und diskutierte mit den Schülern über aktuelle politische Themen.

Für viele junge Menschen ist die Arbeit eines Berufspolitikers nicht immer leicht nachzuvollziehen. Um zu verstehen, was im Reichstag in der Berlin den Tag über getan wird, berichtete die Bayreuther Abgeordnete Anette Kramme von ihrem Tagesablauf während der Sitzungswochen in der

Bundeshauptstadt. Nach der Vorstellung des Berufes hatten die Schüler viele Fragen zu den derzeit heiß diskutierten politischen Fragen, wie etwa das Rauchverbot in Bayern oder die Leiharbeit. Anette Kramme nahm sich die Zeit und versuchte die politischen Entscheidungen zu erläutern.

Das Rauchverbot in Bayern etwa diene dem Schutz der Gesundheit vieler Nichtraucher. Dass das Nichtraucher-Schutzgesetz in Bayern so rigide umgesetzt wurde sei allerdings keine Entscheidung des Bundestages sondern der Bayerischen Staatsregierung. Dass es mit der Leiharbeit so nicht weitergehen kann, wie von einer Schülerin gefordert, fand bei Anette Kramme große Zustimmung. Hier werde im Bundestag gerade einiges bewegt, um die Arbeitnehmer besser zu schützen.

Nordbayerische Nachrichten vom 18.02.2008

**Kritik: „Draußen bei den Menschen kommt nichts an“  
Waischenfelder Bürgermeister Edmund Pirkelmann konfrontiert Staatsminister Günter Gloser  
mit Sorgen der Basis**

Auf Einladung des SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Dr. Udo Lunz kam der Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Günter Gloser (SPD), ins Wiesentstädtchen. Er unterhielt sich eine Stunde lang mit den Mitgliedern der Jugendstadträte von Waischenfeld, Mistelgau und Hollfeld im Bavaria Sportheim über Europa. Das Motto lautete: „Europa – mittendrin, oder meilenweit weg.“ Zuvor trug sich der Minister im Mehrzweckhaus ins Gästebuch der Stadt ein. Bei dieser Gelegenheit stellte Bürgermeister Edmund Pirkelmann nicht nur seine Stadtgemeinde vor, sondern konfrontierte den hohen Gast aus Berlin auch mit den Eindrücken der Basis. „Die Aufbruchstimmung ist ein schönes Gerede, dass jedoch draußen bei den Menschen nicht ankommt“, so Pirkelmann. So sei vor der Bundestagswahl eine Mehrwertsteuererhöhung von zwei Prozent angekündigt worden, geworden sind es dann drei. Dann wurde die Pendlerpauschale gekürzt, die Benzinsteuern erhöht und auch noch die Abschaffung der Steuern für Kapitalgesellschaften beschlossen. Früher zahlten E.on und Telekom 50000 Euro Steuern an die Stadt, heute keinen Cent mehr“, so Pirkelmann. Oder: Waischenfeld habe insgesamt rund 800000 Euro für den Aufbau Ost bezahlen und dafür

noch Kredite aufnehmen müssen. „Das ist es, wodurch die Politik ihre Glaubwürdigkeit verliert und weshalb die Menschen nicht mehr zur Wahl gehen. Die Politik schafft es heute nicht mehr, die Menschen mitzunehmen. Wenn wir diese Politik an der Basis machen würden, dann würde auch bei uns nichts vorwärts gehen“, sagte Pirkelmann. Dann kam Pirkelmann aufs Klinikum Bayreuth zu sprechen. Dort ist er Aufsichtsrat. „Die Gewerkschaft fordert, die Servicegesellschaft abzuschaffen. Das kann man sicher machen, dann muss sie aber auch Alternativen bieten. „Da kam jedoch Kritik von SPD-Bundestagsabgeordneter Anette Kramme. „Ich kann ihr Stimmverhalten nicht nachvollziehen, da es zwei verschiedene Beschäftigte im Klinikum gibt“, so Kramme. Sie plädierte für gleichen Lohn für alle. „Dann muss aber die Einkommenssituation des Klinikums verbessert werden“, konterte Pirkelmann mit dem Hinweis auf die Budgetierung durch die Bundesregierung. Auch an der viel gepriesenen interkommunalen Zusammenarbeit hegte der Waischenfelder Rathauschef so seine Zweifel. „Dabei werden die Größeren immer darauf achten, nicht zu kurz zu kommen“, so Pirkelmann. Gloser verteidigte in diesem Zusammenhang die Metropolregion Nürnberg. Deren Sinn und Zweck sei es,

zu ermitteln, wo ihre Stärken liegen“, so Gloser. Es gelte, gemeinsam aufzutreten. Dies könne laut Gloser aber nicht von Berlin oder München gemacht werden, sondern von denjenigen, die in der Metropolregion leben. „Wenn sich dies so entwickelt, dann begrüßen wir es“, so Pirkelmann der jedoch betonte: „In der Vergangenheit ist jeder Zusammenschluss zu Lasten der Kleinen gelaufen“. SPD-Landratskandidat Karl Lothes sagte, dass man in der Metropolregion den Tourismus stärken müsse. Die Landesgartenschau 2012 in Bamberg müsse auch Impulse für die Fränkische Schweiz geben, so Lothes. So könne er sich die Verlängerung des Radwegs von Bamberg über Heiligenstadt bis Waischenfeld vorstellen. Einen Namen hat Lothes auch schon: „Bierradweg“. Weiterhin forderte er schnellstmöglich die Ausdehnung des VGN bis Waischenfeld zur Weiterführung nach Bamberg. Stadtrat Berthold Görl meinte, dass die Landbevölkerung immer mehr benachteiligt werde. So die Pendler durch eine immer massivere Besteuerung von Benzin und dann ist auch noch die Eigenheimzulage gestrichen worden.. „Es ist unsinnig, die Eigenheimzulage bei einer schrumpfenden Bevölkerung beizubehalten“, sagte dazu Kramme.

## SPD INTERN

Nordbayerischer Kurier vom 23./24. 02. 2008

### Kaum Verdrossenheit Geseeser SPD hielt Jahresversammlung

Der Vereinsvorsitzende Oliver Nicklas, die zweite Vorsitzende Evelyn Farnlacher und Bürgermeisterkandidat Claus Hofmann sprachen sich bei der Jahresversammlung des SPD-Ortsvereins in der Gaststätte Pfaffenberger für einen fairen Wahlkampf aus.

Dies gelte grundsätzlich auch für das traditionelle Aschermittwochs-Derblecken des Ortsvereins. Es habe allerdings quer durch alle Parteien in Bayern Tradition, an diesem Tag den politischen Gegner aufs Korn zu nehmen.

Die Tradition des „Derbleckens“ pflege die Geseeser SPD seit vielen Jahren mit dem Erfolg, dass über manches nachgedacht werde. Oliver Nicklas würdigte die Verdienste des im letzten Jahr verstorbenen Dieter Nützel, der während seiner mehr als 30-jährigen Mitgliedschaft die SPD aktiv unterstützt hatte. Dieter

Farnlacher berichtete über solide Finanzen. Die Kosten des Wahlkampfes seien überschaubar.

Als Delegierte für die Nominierungsveranstaltung zur Landtags- und Bezirkstagswahl 2008 wurde einstimmig Evelyn Farnlacher gewählt. Einstimmig beschloss die Versammlung den langjährigen SPD und Sportvereins-Vorsitzenden, Kurt Schatz, für seine Verdienste im Ehrenamt für die Verleihung eines Wappenkruges vorzuschlagen.

Er habe sich in besonderer Art und Weise durch seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit Verdienste erworben. Evelyn Farnlacher unterstrich den Bedarf für eine Kinderkrippe. Wie begehrt solche Krippenplätze sind, zeige sich wie Claus Hofmann feststellte zum Beispiel anhand der Unikrippe. Die dort vorhandenen wären Plätze so

stark ausgebucht, dass sich lange Wartezeiten ergeben würden.

Claus Hofmann und Evelyn Farnlacher dankte allen Gemeinderatskandidaten auf der Liste für ihr Engagement. In Gesees gebe es zumindest im kommunalen Bereich kaum Politikverdrossenheit.

Besonders stolz sei sie darauf, eine so ausgewogene gute Liste präsentieren zu können. Erfreulich sei auch, dass die Jugend gut vertreten ist. Evelyn Farnlacher, Oliver Nicklas und Claus Hofmann stellten heraus, für den neuen Gemeinderat gelte, dass Vieles mit sehr viel Nachdruck angepackt werden müsse.

Die SPD werde dafür einstehen, dass nicht nur in Wahlkampfzeiten Forderungen erhoben werden, sondern auch eine Umsetzung erfolgt.

## SPD INTERN

Nordbayerischer Kurier vom 15.04.2008

### Kein zweiter Sitz im Gemeinderat Leichte Enttäuschung bei SPD-Jahresversammlung

Nicht ganz zufrieden mit dem jüngsten Wahlergebnis zeigte sich der SPD-Ortsverein bei der Jahresversammlung. Hatte man vorher auf einen zweiten Sitz im Gemeindeparlament gehofft, bleibt es auch in der bevorstehenden Legislaturperiode bei einem Mandat für die Vorsitzende Heidi Gentsch.

Sie gab als Devise für die nächsten Jahre aus: Mit den überwiegend jungen Gemeinderatskandidaten im Rücken soll der Nachwuchs in den eigenen Reihen integriert werden. „Mit der Aufnahme von Theobald Goetzke ist ein Anfang gemacht, dem hoffentlich weitere Persönlichkeiten folgen.“

Derzeit stützt sich der SPD-Ortsverein auf 22 eingetragene Mitglieder im Alter zwischen 26 und 74 Jahren. „Von Überalterung zu sprechen ist nicht angebracht, unsere Senioren tragen viele Veranstaltungen mit“, stellte Gentsch den langjährigen Mitgliedern ein gutes Zeugnis aus. Als Beispiele nannte sie

den Ausflug, die Radtour, die Weihnachtsfeier und die Betreuung der Freunde aus Emden während ihres Aufenthaltes in Plech.

Darüber hinaus war der harte Kern beim Kultur-Erlebnistag, dem Markt-platzfest und beim Weihnachtsbasar eingebunden. So konnte man den finanziellen Grundstock für das beliebte Ferienprogramm legen. 400 Euro konnten für die Jugendlichen bereitgestellt werden. Höhepunkte des Ferienprogramms waren die fünf Urlaubstage am Brombachsee und das „Spiel ohne Grenzen“ in Höfen, bei dem das Plecher Team den zweiten Platz erreichte.

All diese bewährten Veranstaltungen finden 2008 erneut statt. Am 17. April fährt eine Abordnung der Partei mit nach München, wenn die Petitionen der Stadt Betzenstein, des Marktes Plech und des Elternbeirates im Hinblick auf den Erhalt der Hauptschule im Maximilianeum behandelt wird. Am 1. Mai nach

Mistelbach Am 1. Mai nimmt man an der Feier des Unterbezirks in Mistelbach teil. Gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Anette Kramme würdigte Heidi Gentsch das zehnjährige Engagement von Irmgard Küffner im Ortsverein.

Andrea Greller wird diese Ehrung nachgereicht. Vorsitzende bleibt Heidi Gentsch. Für Fritz Brütting steht ihr künftig Theo Goetzke zur Seite. Schatzmeisterin bleibt Marianne Deinzer, als Stellvertreterin soll sich Irmgard Küffner mit der Materie vertraut machen. Schriftführer ist wiederum Hans Küffner.

„Dank der Unterstützung des SPD-Ortsvereins gibt es in Plech ein rühriges Gemeinwesen und vor allen ein exzellentes Ferienprogramm“, betonte selbst Bürgermeister Karlheinz Escher. Er kündigte für kommenden Freitag den ersten Spatenstich im Gewerbegebiet nahe der Autobahn an.

## SPD INTERN

Nordbayerischer Kurier vom 19.02.2008

**Geeint in Freud und Leid****Ehrungsabend beim SPD-Ortsverein Mistelbach**

Bei einem Ehrungsabend im TSV-Sportheim zeigten die Mitglieder des SPD-Ortsvereins große Geschlossenheit. Viele waren nicht nur wegen des Programms mit Musik, Erinnerungen an Kerwa-Ereignisse in Mistelbach und dem Auftritt der „Dorfwaafn“ gekommen.

Vor allem den acht Geehrten ihren Respekt zu zollen, war auch ein Grund für das Erscheinen. Ortsvorsitzender Matthias Mann hob die für einen Vorsitzenden besonders ehrenvolle Aufgabe von Ehrungen hervor. 25, 40 oder 50 Jahre im SPD-Ortsverein Mistelbach, so Mann,

bedeuteten das Feiern großer Siege und das Ertragen schwerer Niederlagen, bedeuteten Freud und Leid, aber vor allem, und das trifft für alle Geehrten zu, sich aktiv an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens in der Gemeinde zu beteiligen.

Für 25-jährige Mitgliedschaft wurden durch Anette Kramme und Dr. Christoph Rabenstein ausgezeichnet: Gerhard Gerber, Frank Leitz, Uwe Hempfling, Helmut Wessels und Herbert Maisel, der 24 Jahre im Gemeinderat vertreten war, nicht mehr kandidiert. Ebenfalls 25 Jahre dabei ist zweiter Vorsitzender Oliver Baumann.

Bereits auf eine 40-jährige Mitgliedschaft darf Bernhard Hempfling zurückblicken und seit 50 Jahren dabei ist Albert Neuß. Trotz des vorrangigen Ehrungscharakters blieb der Abend doch nicht ganz unpolitisch.

Zu den aktuellen Anlässen zur Steueraffäre hochkarätiger Steuersünder in Deutschland und den Turbulenzen um die Bayerische Landesbank und Finanzminister Erwin Huber äußerten sich die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme und Landtagsabgeordneter Christoph Rabenstein.

## SPD INTERN

Nordbayerischer Kurier vom 07.04.2008

### Rabenstein und Lothes sollen ran SPD-Stimmkreisversammlung ohne Donnerrollen

Donnerrollen oder flammende Kampfesreden – Fehlannonce bei der Stimmkreis-konferenz der Bay-reuther SPD am Samstag im Aichiger Gemeinschaftshaus. Bei der Wahl der Kandidaten für Landtag und Bezirkstag gab es stattdessen kleine Nadelstiche und einen deutlichen Vertrauensbeweis für den Landtagsabgeordneten Dr. Christoph Rabenstein als neuem Landtagskandidaten und ein Trostpflaster für den Ex-Landratskandidaten Karl Lothes. Er bewirbt sich für den Posten des Bezirksrats. „Eine Demokratie hält zwei Kandidaten aus“ – sagte Rabenstein in seiner. Bauskes verbale Degenstiche gegen Rabenstein – mit Vorwürfen mangelnder Kommunikation und der Forderung nach mehr Glaubwürdigkeit mit neuen Gesichtern – parierte Rabenstein in seiner Gegenrede: Es dürfe nicht, wie von Bauske gefordert, Aufgabe der SPD sein, „ordentliche Opposition zu sein. Unser Ziel muss es sein, Regierungsverantwortung in Bayern zu übernehmen, auch wenn das nicht leicht wird“, sagte Rabenstein. „Beim Blick in den Pressespiegel der vergangenen Woche hatte ich eine gewisse Freude, weil wir seit langer Zeit die Chance haben, die Mehrheitsverhältnisse zu

ändern und mehr sozialdemokratische Politik einfließen zu lassen“, sagte Rabenstein. Sein Ziel sei es, so Rabenstein, um jeden Schulstandort im ländlichen Raum, der auf dem Prüfstand stehe, zu kämpfen. Es sei nötig, die Bildungschancen der Kinder zu verbessern: „Die CSU hat jetzt mehr oder weniger als Wahlgeschenk versprochen, mehr Lehrer einzustellen. Das fordern wir seit Jahren. Doch es kann nicht sein, dass das Kind eines Lehrers oder eines Mediziners eine siebenmal höhere Chance aufs Abitur hat als das Kind eines Bauarbeiters. Es muss darauf ankommen, was der Sohn oder die Tochter im Kopf hat, nicht darauf, was der Vater im Geldbeutel hat“, so Rabenstein, der die SPD-Forderung nach mehr Ganztagschulen erneuerte. Bauske schrieb Rabenstein zum Schluss ins Stammbuch, dass seine „politischen Gegner nicht Thomas Bauske oder Coco Sturm heißen, sondern Walter Nadler oder Hartmut Koschyk. Ich hoffe, dass wir sechs Monate vor der Landtagswahl endlich wieder den Fokus auf den politischen Gegner richten“, so Rabenstein. Das Ergebnis der Abstimmung war deutlich: 44 der 54 Delegierten oder 82 Prozent stimmten für Rabenstein, der im Gespräch mit dem KURIER von einer „Sternstunde der

Parteidemokratie“ sprach und unterstrich, er sei „sehr gelassen und zuversichtlich in die Auseinandersetzung gegangen“. Er habe Bauskes Kandidatur „sehr ernst genommen. Es ist ja auch das demokratische Grundrecht, das ein junger Kandidat antritt. Das ist immer besser, als wenn in einer Partei nur ein Kandidat antritt“, sagte Rabenstein. Gleichwohl erneuerte er seinen Appell an Bauske, „sich ab sofort wieder mehr mit dem politischen Gegner zu beschäftigen“. Rückenwind von der Basis bekam auch der Pegnitzer Karl Lothes, dessen Kandidatur für den Bezirkstag auch als Trostpflaster für sein Engagement im für die SPD deutlich verloren gegangenen Landratswahlkampf zu sehen ist. Lothes setzte sich im zweiten Wahlgang gegen Dr. Michael Struck durch, der zwar rhetorisch geschliffener als Lothes um die Gunst der Delegierten geworben hatte, aber im ersten Wahlgang knapp unterlegen war. Struck hatte 19 Delegierte hinter sich bringen können, Lothes 22. Und Cornelius Sturm hatte bei seiner Bewerbung um das Bezirkstagsmandat 14 Delegierte für sich begeistern können. In der Stichwahl schließlich hatte Lothes mit 31 gegen 24 Struck-Stimmen die Nase vorn.

## SPD INTERN

Nordbayerischer Kurier vom 08.03.2008

### Der Juso-Stadtverbandsvorsitzende Bauske fordert Ablösung von Parteichef Rabenstein und Fraktionschef Kern

Das ist nicht nur ein Grummeln, es ist ein schweres Beben, das die Bayreuther SPD derzeit erschüttert. Ausgelöst wurde die Eruption vom Juso-Stadtverbandsvorsitzenden Thomas Bauske. Bauske teilt nach der verlorenen Kommunalwahl nicht nur inhaltlich aus („der müdeste Wahlkampf, den man sich vorstellen kann“), sondern fordert auch personelle Konsequenzen: „Die Spitzen von Partei und Fraktion müssen ausgetauscht werden.“ Es ist kein offener Brief, aber einer, der sich an führende Sozialdemokraten in Bayreuth richtet.

Unter der Überschrift „Nach der Wahl ist vor der Wahl“ analysiert der Juso-Stadtverbandsvorsitzende Thomas Bauske, der selbst den Einzug in den Stadtrat knapp verpasst hat, die zurückliegenden Stadtratswahlen. Und er kommt zu dem Schluss, dass diese Wahl zum Desaster für die SPD geworden sei. Bauske: „Die Situation schreit nach Konsequenzen. Die Partei muss ihre Lage ehrlich und schonungslos analysieren, was sie nach der OB-Wahl verpasst hat.“ Bauske hält dem Vorstand vor, dass der den überfälligen Generationswechsel und die notwendige Verjüngung bei der Listenaufstellung zu mutlos und halbherzig angegangen sei. Das

„angestaubte Parteimanagement“ müsse überprüft, die Wahlkampfleitung „auf ihre Modernisierung hin überprüft“ werden, fordert Bauske, denn: „Es war der müdeste Wahlkampf, den man sich vorstellen kann.“ Vor allem aber brauche es in der SPD personelle Konsequenzen, meint Bauske in dem Brief und fordert ultimativ: „Die Spitzen von Partei und Fraktion müssen ausgetauscht werden. Die Jusos gehen davon aus, dass nun Jüngere Verantwortung übernehmen und die Partei aus den Hinterzimmern und Grabenkämpfen herausführen. Eine gegenseitige Schuldzuweisung der Cliques Heimler und Kern bringt der Partei nichts.“ Die offensichtlichen Probleme der SPD dürften jetzt nicht in Vorstandssitzungen klammheimlich unter den Teppich gekehrt werden, sondern müssten aufgearbeitet werden.

Ansonsten führe der Weg der Partei „immer mehr in die Bedeutungslosigkeit“. Der SPD-Stadtverbandsvorsitzende Dr. Christoph Rabenstein betont, dass er sich gewünscht hätte, dass die Diskussion zunächst parteiintern und eben nicht über die Medien geführt wird: „Am Montag setzen wir uns mit den Ortsvereinsvorsitzenden und dem Parteivorstand zusammen. Und dann erst geben wir eine Erklärung ab.“

Rabenstein betonte aber, dass er sich keinesfalls um eine Aufarbeitung der Wahl drücken wolle: „Das haben wir auch nach der OB-Wahl nicht getan. Damals ist sehr genau analysiert worden, was gut und was schlecht gelaufen ist.“ Insbesondere müsse man sich Gedanken machen, wie man den Wunsch nach einer Verjüngung der Partei effektiver in die Tat umsetzen könne. Und wie man die Menschen wieder dazu bewegen kann, zur Wahl zu gehen. Wolfgang Kern betonte, dass es gerade Rabenstein und er gewesen seien, die den Jungen bei der SPD zum Durchbruch verhelfen wollten. Zudem habe Bauske das Angebot gehabt, sowohl in der Wahlkampfleitung als auch in der Findungskommission mitzuwirken, erklärte der Fraktionschef der SPD im Stadtrat; das aber habe er ausgeschlagen.

Die Liste, so Kern weiter, sei nicht von irgendwelchen Cliques gesteuert, sondern von der Nominierungsversammlung verabschiedet worden. Auch Kern wehrt sich nicht gegen eine offene Diskussion innerhalb der SPD. Allerdings fordert er, dass die zehn neuen Stadträte in ihrer Arbeit nicht behindert werden dürften. Übrigens: Sowohl Kern als auch Rabenstein lehnen einen Rücktritt ab.

## SPD INTERN

Nordbayerischer Kurier vom 29.03.2008

### Bauske tritt gegen Rabenstein an Juso-Chef will die Bayreuther SPD im Landtag vertreten – Vermehrt Rücktrittsforderungen an Rabenstein

In der Bayreuther SPD läuten die Alarmglocken. Derzeit kursieren drei unterschiedliche Positionspapiere, die eines eint: die Forderung, nach dem Verlust des OB-Sessels und der bitteren Wähler-Watschn bei den Kommunalwahlen endlich einen Neuanfang zu wagen. Der SPD-Stadtverbands-vorsitzende und Landtagsabgeordnete Dr. Christoph Rabenstein bekommt jetzt sogar Konkurrenz in Sachen Landtag.

Thomas Bauske bestätigte, dass er gegen Rabenstein antreten wird. Die Frage nach dem Grund für seine Kandidatur beantwortet Bauske wie folgt: „Wer als Parteivorsitzender nicht besonders erfolgreich ist, kann nicht wie selbstverständlich das Spitzenmandat eines Parlamentariers für sich beanspruchen. Die Parole kann nicht heißen: einmal Abgeordneter, immer Abgeordneter“. Bauskes Landtagskandidatur kommt auch für die SPD-Spitze überraschend.

Andererseits aber macht sich seit Wochen ein allgemeines Unwohlsein an der Basis bemerkbar. Bauskes Situationsbeschreibung: „Mandatsträger wollen Ruhe. Ruhe ist des Genossen Pflicht.“ Bauske spielt damit auf den Umstand an, dass in der SPD die Bereitschaft zur kompromisslosen Aufarbeitung der kommunalen Wahl-

schlappen offen-sichtlich wenig ausgeprägt ist. Statt die offenen Fragen in einer – von vielen SPD-Mitgliedern gewünschten – Mitgliederversammlung zu diskutieren, soll es nun am 13. April und damit gut eine Woche nach der Landtags-Nominierungskonferenz eine (nur) „parteiöffentliche Klausurtagung“ geben.

Bei der, in Weidenberg, nur hinter verschlossenen Türen Klartext geredet werden soll. Medienvertreter müssen draußen bleiben. Worüber zu reden sein wird? Insbesondere über die Erneuerung der SPD – die von den Alten zwar immer wieder besungen, aber in der Realität bislang nicht konsequent vollzogen wurde. Stadtratskandidat Frank Borger führt dazu im Internet in einem ausdrücklich als Diskussionsbeitrag formulierten Text aus, dass der Wahlkampf „inhaltlich und konzeptionell nicht auf der Höhe der Zeit“ gewesen, die „Arbeit der Zuspitzung“ nicht geleistet worden sei.

Und zu viele Altstadträte die Liste angeführt hätten. Zudem spricht sich Borger für eine umfassende Neuorganisation der SPD aus: „Der Stadtverband besteht aus mehreren Basisgruppen (genannt: Ortsvereinen), von denen einige aktiv sind, andere schlafen, viele untereinander oder mit anderen Basisgruppen

unüberbrückbare persönliche Fehden hegen ... Das führte dazu, dass Wahlkampf auch gegen andere Kandidaten der eigenen Partei stattfand.“ Borgers zynisches

Fazit nach der Pleite 2008: Jetzt „zur Tagesordnung übergehen, heißt: 2014 mit den Grünen um die Rolle als drittstärkste Kraft zu konkurrieren“. Wenn das mal keine Kritik am SPD-Oberboss Rabenstein ist. Coco Sturm, der zunächst ebenfalls für den Stadtrat kandidierte, dann aber seine Kandidatur aus Verärgerung über die wenig verjüngte Liste wieder zurückgezogen hatte, fordert in einem Positionspapier („Hallo SPD: Aufwachen!“) gleichfalls Taten. Die SPD-Mitglieder sollten Tacheles reden – und sich einmischen: „Überlasst nicht alles dem Vorstand.“ Der nämlich sei nicht (mehr) in der Lage, in der verfahrenen Situation, in der die SPD nunmehr stecke, eine Aufbruchstimmung zu erzeugen.

Sturms Forderung daher: „Genosse Rabenstein, bitte mach den Weg frei für einen Neuanfang!“ Sturm spricht sich in dem SPD-internen Papier für einen Rücktritt des gesamten Vorstands aus. Weil nur der die dringend notwendige Neustrukturierung der SPD auf Stadtverbandsebene möglich mache. [...]

**PRESSEMITTEILUNGEN****Wohngeld wird verbessert / 1200 Haushalte in Stadt und Landkreis Bayreuth profitieren**

Zum 1. Januar 2009 wird es für die ca. 1200 Wohngeldbezieher in Stadt und Landkreis Bayreuth mehr Wohngeld geben. Laut einer Pressemitteilung der SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme ist geplant, eine neue Heizkostenkomponente einzuführen, um den deutlich gestiegenen Heiz- und Energiekosten Rechnung zu tragen.

Weiterhin werden die Tabellenwerte und die Miethöchstbeträge um je 10 Prozent erhöht, um die Mietentwicklung seit der letzten Wohngelderhöhung 2001 auszugleichen. Insgesamt wird so das Wohngeld im Durchschnitt von 90 auf 150 Euro monatlich steigen, eine Familie mit zwei Kindern etwa wird rund 80 Euro mehr im Monat erhalten.

Durch die neue Heizkostenkomponente in Höhe von 50 Cent pro Quadratmeter Wohnfläche werde aus dem Wohngeld als Zuschuss zur Kaltmiete ein Zuschuss zur Warmmiete, so Kramme. „Seit 2001 sind die Heizkosten um ca. 50 % gestiegen. Deshalb ist die Reform des Wohngeldes überfällig.“

Das Maßnahmenpaket wird dazu führen, dass die Wohngeldleistungen durchschnittlich um 60 % verbessert werden“, schreibt die Abgeordnete. Die Erhöhung wird je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen. Das Gesetz soll noch vor der Sommerpause verabschiedet werden, so dass es 2009 in Kraft treten kann.

**Anette Kramme will heimische Obstbrenner unterstützen**

Im Jahr 2010 soll nach Wunsch der EU das deutsche Branntweinmonopol auslaufen, das auch für die vielen kleinen und mittleren Obstbrennereien in Oberfranken bisher die Existenzgrundlage garantiert. Damit will sich die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und oberfränkische Bezirksvorsitzende Anette Kramme (SPD) nicht abfinden. „Die Obstbrennerei ist ein wichtiger Betriebszweig unserer Landwirtschaft. Mit über 5.000 Tier- und Pflanzenarten sowie mindestens 3.000 Obstsorten allein in Deutschland stellen die Streuobstwiesen zudem einen Lebensraum mit herausragender biologischer Vielfalt dar, der unser Landschaftsbild entscheidend prägt. Dies gilt es zu erhalten“, so Kramme.

Die Bayreuther Abgeordnete unterstützt daher die Planungen des Mittelstandsbeauftragten der SPD-Bundestagsfraktion, Reinhard Schultz MdB, für einen Antrag des Bundestages, mit dem die Bundesregierung zur Unterstützung der Weiterführung des Branntweinmonopols aufgefordert werden soll.

Laut Kramme gibt es auch schon erste positive Signale seitens der CDU im Bundestag zur Unterstützung des Anliegens. „Wenn alles gut läuft, wollen wir den Antrag noch im ersten Halbjahr 2008 vorlegen. Die Bundesregierung hätte dann vom Bundestag den Auftrag, sich frühzeitig auf EU-Ebene für die Obstbrenner einzusetzen“, so Anette Kramme.

**PRESSEMITTEILUNGEN****Oberfränkische SPD-Bundestagsabgeordnete: Serviceabbau bei der Bahn stoppen**

Die drei oberfränkischen SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme, Petra Ernstberger und Dr. Carl-Christian Dressel setzen sich für den Erhalt der 3-S (Service, Sicherheit, Sauberkeit)-Zentrale am Bahnhof Bayreuth ein. Die Bahn beabsichtigt die 3-S-Zentrale Mitte des Jahres zu schließen. Damit würde auch die letzte Zentrale in Oberfranken aufgelöst.

Die 3-S-Zentrale in Bayreuth ist zuständig für über 100 Verkehrsstationen in Oberfranken. Sie ist rund um die Uhr besetzt und hat als Hauptaufgaben unter anderem die Führung des Elektronischen Dienstbuches, die Aufnahme von Störungen und Unfällen, die Bearbeitung von Unregelmäßigkeiten (Information der Reisenden bei Zugausfällen oder größeren Verspätungen) oder die Übernahme des Ansagedienstes des Reise-Informationszentrums von 20.30 Uhr bis 6.00 Uhr und in den Arbeitspausen. Neben dem Ansagedienst ist die 3-S-Zentrale in Bayreuth auch zuständig für die Steuerung und Überwachung der Zugzielanzeiger/Infotafeln für die Bahnhöfe Bayreuth, Bamberg, Lichtenfels, Hof, Coburg, Marktredwitz und Kirchenlaibach bei Verspätungen und Gleisänderungen.

Die oberfränkischen SPD-Politiker sehen in der Entscheidung der Deutschen Bahn AG einen weiteren Rückschritt beim Service. Nach den Service-Points sei nun die 3-S-Zentrale an der Reihe. „Die Bahn ist offensichtlich bestrebt, ihr Personal über kurz oder lang komplett aus den ländlichen Gebieten abzuziehen“, so die Abgeordneten in einem Schreiben an Bahnchef Hartmut Mehdorn.

Ein attraktives Serviceangebot könne in Oberfranken bald kaum mehr festgestellt werden. Der ländliche Raum werde zunehmend abgehängt, kritisieren die Parlamentarier. „Aber Automaten und Telefonhotlines können den Menschen nicht ersetzen, sondern nur sinnvoll ergänzen. Eine Maschine kann z.B. älteren Menschen nicht in Zug helfen, Auskünfte erteilen oder Sicherheit vermitteln.“

Kramme, Ernstberger und Dr. Dressel fordern von der Bahn, den Abbau des Servicepersonals in Oberfranken zu stoppen. „Es kann nicht angehen, dass eine ganze Region in Sachen Service immer weiter aufs Abstellgleis gerät.“

**Deutsche Post eröffnet Service-Filiale in Altenplos**

Am 30. April 2008 schloss die Deutsche Post ihre Filiale in Altenplos. Doch schon am 2. Mai 2008 wird in der Bäckerei Griesenbrock's eine neue Post-Service-Filiale ihre Pforten öffnen. Dies erfuhr die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) vom Regionalen Politikbeauftragten Der Deutschen Post Hugo Scheuenpflug.

**PRESSEMITTEILUNGEN****Bundesinnenministerium hält an Entscheidung fest – Wasserwerfer werden abgezogen**

Enttäuscht zeigt sich die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme über die Antwort aus dem Bundesinnenministerium. „Die Wasserwerfer sollen vom Standort Bayreuth definitiv abgezogen werden“, teilt die Abgeordnete mit. Mit Blick auf die erforderliche Gesamtstruktur der Bundespolizei und deren Ausrichtung auf die Einsatzschwerpunkte innerhalb Deutschlands besteht laut Parlamentarischen Staatssekretär Peter Altmaier (CDU) keine Veranlassung, die getroffene Entscheidung zu verändern. Der Einsatzschwerpunkt bundespolizeilicher Aufgabenwahrnehmung in Bayern liege im Großraum München. Zur Verlegung der Wasserwerfer nach Deggendorf gebe es aus polizeilicher Sicht keine vernünftige Alternative, heißt es in dem Schreiben an MdB Kramme.

Die SPD-Politikerin hatte sich erneut an das Bundesinnenministerium gewandt und sich für die Beibehaltung der Wasserwerfereinheit am Standort Bayreuth eingesetzt. Sie verwies insbesondere auf die erheblichen baulichen Kosten, die anfallen werden, um die schweren Fahrzeuge in Deggendorf unterzubringen. Dort sei bislang nicht ausreichend Platz, denn auch die Technische Ersatzeinheit Rosenheim solle nach Deggendorf verlagert werden. „Hinzu kommt die nachteilige geografische Lage“, argumentierte Kramme gegenüber dem Bundesinnenministerium. Bayreuth hingegen verfüge über eine sehr gute verkehrsmäßige Anbindung, was das Erreichen der meisten Einsatzorte und die Durchführung von Einsatzmaßnahmen noch am gleichen Tag ermögliche.

„Die vielen fachlich nicht von der Hand zu weisenden Argumente, die für den Standort Bayreuth sprechen, zählen leider im unionsgeführten Bundesinnenministerium nicht“, kritisiert Anette Kramme. „Stur wird an der festgelegten Organisationsstruktur der Bundespolizei festgehalten.“

**Ländlicher Raum: Bundesregierung setzt Arbeitsgruppe ein**

Eine Arbeitsgruppe der Bundesregierung will bis Ende 2008 Vorschläge entwickeln, wie die Chancen ländlicher Gebiete besser genutzt werden können. Wie die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme mitteilt, habe das Bundeskabinett am vergangenen Mittwoch einen entsprechenden Beschluss gefasst. „Diesen Schritt begrüße ich sehr und ich erwarte mir davon positive Effekte auch für die Landkreise Bayreuth und Forchheim“, so Kramme.

Die Arbeitsgruppe soll Strategien erarbeiten, mit denen Herausforderungen wie der demographische Wandel, der anhaltende Strukturwandel oder auch der Klimawandel auf regionaler Ebene angegangen werden können. Es geht um die Schaffung neuer Arbeitsplätze, Chancengleichheit in der Bildung, die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung, die Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs, die Förderung von Naturschutz, die Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas und um Stadt-Land-Partnerschaften bei der Bereitstellung kommunaler Infrastruktur im ländlichen Raum.

"Der ländliche Raum trägt erheblich zur wirtschaftlichen Leistung und Entwicklung in unserem Land bei. Um diese Kräfte zu erhalten und zu fördern, brauchen wir ausgeglichene soziale, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Lebensverhältnisse und Chancengleichheit", so Kramme. Für die Region fordert sie eine strategische Perspektive sowie weiterhin finanzielle Unterstützung durch EU, Bund und Land. Ein weiteres Schrumpfen der Region könne nicht hingenommen werden, so Kramme abschließend.

## PRESSEMITTEILUNGEN

**Pflegereform bringt bessere Versorgung für Demenzkranke**

„Vieles hat sich bei der verabschiedeten Pflegereform zu Gunsten der Hilfebedürftigen verbessert: Ab jetzt wird es einen Anspruch auf Pflegeberatung, mehr Geld für die Betreuung von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz und zusätzliches Personal für die Betreuung demenziell erkrankter Menschen geben“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme.

Besonders freut sich Kramme über die Durchsetzung der quartiersbezogenen Pflegestützpunkte, die die Union verhindern wollte. Dies sei eine gute Nachricht. Die SPD habe 80 Millionen Euro für die Pflegestützpunkte gefordert, gegenüber der Union konnten 60 Millionen Euro durchgesetzt werden. Bundesweit könnten so mindestens 1.200 Beratungsbüros entstehen.

„Das ist auch eine gute Nachricht für Bayern – ich fordere den Freistaat auf, hier unbedingt die maximale Fördersumme auszuschöpfen. Die Verteilung der Anschubfinanzierung auf die Bundesländer erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel. Demnach stehen dem Freistaat rund 9 Millionen Euro zur Verfügung, er kann somit 179 Pflegestützpunkte beantragen“, so die Abgeordnete.

Nicht ausgeschöpfte Mittel fließen zurück in die Pflegeversicherung. Zur Finanzierung der Maßnahmen werde der Beitrag zur Pflegeversicherung um 0,25 Prozent erhöht.

**Anette Kramme: „Gesetzesreform macht Freiwilliges soziales Jahr künftig auch als Fußballtrainer möglich“**

Jugendliche zwischen 15 und 26 Jahren können nach der Reform des Gesetzes künftig ein Freiwilliges soziales Jahr (FSJ) auch als Fußballtrainer absolvieren. „Vereine bieten schon jetzt FSJ-Jugendlichen den Erwerb einer Trainerlizenz an. Grundsätzlich haben die Jugendlichen Anspruch auf fachliche Anleitung und pädagogische Betreuung“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD).

Das neue Gesetz verbessere die Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste junger Leute. Das FSJ und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) werden als Bildungs- und Lernort und als wichtige Form bürgerschaftlichen Engagements gestärkt. „FSJ und FÖJ können künftig abwechselnd im In- und Ausland absolviert werden, im Umweltschutz, in der Denkmalpflege oder eben im Sport“, so Kramme weiter.

Das neue Gesetz soll das FSJ und das FÖJ für Jugendliche aus so genannten bildungsfernen Schichten und jungen Leuten mit Migrationshintergrund attraktiver machen. „Nicht nur die Jugendlichen gewinnen, auch die Gesellschaft. Wir brauchen Migranten-Selbsthilfeorganisationen als Träger. Aus dem Nebeneinander muss früh ein Miteinander werden“, erklärt die Abgeordnete.

**PRESSEMITTEILUNGEN****SPD-Bundestagsfraktion forciert Bemühungen nach schnellerem Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum.**

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag forciert ihre Bemühungen, die Breitbandversorgung im ländlichen Raum in Bayern schneller voranzutreiben. „Wir haben einen Antrag gestellt, schnellere Fortschritte bei der flächendeckenden Versorgung mit Breitband-Internetanschlüssen zu erzielen. Weiter fordern wir, dass für die notwendige Erschließung der weißen Flecken in Deutschland das Bundeswirtschaftsministerium eine ‚Task Force‘ einrichtet, die schnellstmöglich für jede der 700 bislang vollkommen unerschlossenen Gemeinden sowie den 1400 schlecht angebundenen Gemeinden eine aktive Hilfestellung bieten kann“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD).

Die bayerische Staatsregierung habe die Breitbandversorgung im ländlichen Raum komplett verschlafen, kritisiert Kramme. In Bayern hinkten die Entwicklungen mehr und mehr dem modernen Entwicklungsprozess hinterher. „Wir gefährden so auf Dauer den von der CSU viel gepriesenen High-Tech-Standort. Aber anscheinend zählen für sie dazu nur die Industriegebiete rund um den Speckgürtel München. Zum Wohle der gesamten bayerischen Bevölkerung und der mittelständischen Betriebe dringt die SPD im Gegensatz zur CSU schon seit langem auf den Ausbau. Wir müssen jetzt am Ball bleiben. Nur wenn wir weiter kontinuierlich Druck in dieser Angelegenheit ausüben, können wir dem ländlichen Raum in Oberfranken und ganz Bayern zu seinem Recht verhelfen und somit stärken“, so die Abgeordnete. Außerdem soll eine Internetplattform eingerichtet werden, auf der Beispiele erfolgreicher Kommunen dargestellt werden, um den Erfahrungsaustausch über Lösungsmodelle zu erleichtern und das Bewusstsein für lokale Lösungsmöglichkeiten zu steigern.

**Jetzt für das Schöffenamt bewerben**

„Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, sich bei ihrer Gemeinde für das Schöffenamt zu bewerben. Wer als ehrenamtlicher Richter an der Strafrechtspflege teilnimmt, kann seine Wertungen, Lebens- und Berufserfahrungen in die Entscheidungen der Gerichte einbringen“, erklärt die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD).

Wer Schöffe werden möchte, kann sich bei seiner Gemeinde bewerben. Die Vorschlagsliste wird alle fünf Jahre von den Gemeinden aufgestellt. Melden können sich deutsche Bürgerinnen und Bürger, die am 1. Januar 2009 das 25. Lebensjahr vollendet haben und nicht älter als 69 Jahre sind. Ausgeschlossen sind Bewerber, die denen ein Gericht die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter aberkannt hat oder die wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verurteilt worden sind.

Über die Aufnahme in die Liste entscheidet die Gemeindevertretung mit Zweidrittelmehrheit. Die Vorschlagsliste wird dann beim Amtsgericht des jeweiligen Bezirks eingereicht. Daraus wählt dann ein Ausschuss die erforderliche Zahl von Haupt- und Hilfsschöffen aus.

„Wir brauchen engagierte Bürgerinnen und Bürger, die dieses verantwortungsvolle Ehrenamt übernehmen – darum werbe ich mit allem Nachdruck dafür“, so Anette Kramme.

Schöffen sind ehrenamtliche Richter, die ausschließlich in der Strafjustiz zum Einsatz kommen. Sie stehen gleichberechtigt neben dem Berufsrichter und entscheiden gemeinsam über die Schuld- und Straffrage. Nach der aktuellen Schöffenstatistik sind derzeit in Bayern 4.069 Schöffen tätig.

**PRESSEMITTEILUNGEN****Anette Kramme erhielt Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf Anfrage nach Planungsstand des Ausbaus der B 85 zwischen Kulmbach und dem Anschluss an A 70.**

Nachdem sich die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung nach den Vorplanungen für den Ausbau der B 85 von Kulmbach in Richtung Bayreuth erkundigt hatte, erhielt sie nun Antwort von der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth. „Vom Ministerium wurde mir mitgeteilt, dass unabhängig von dem langfristig vorgesehenen 4-streifigen Ausbau von Seiten der bayerischen Straßenbauverwaltung zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der stark belasteten, Längsneigung bis zu 5% aufweisenden B 85 zwischen Kulmbach und dem Anschluss an die A 70 zeitnah Überholmöglichkeiten in Form von Zusatzfahrstreifen an Steigungsstrecken, zunächst an der Steigungsstrecke bei Mangersreuth geplant sind“, erklärt Anette Kramme.

Dem Bedarfsplan werde damit nicht vorgegriffen, widerspricht Anette Kramme dem FDP-Politiker Horst Friedrich. „Zusatzfahrstreifen an Steigungsstrecken zählen nicht zu den Bedarfsplanprojekten, erklärt die Abgeordnete. „Finanziert werden diese Zusatzfahrstreifen aus Straßenbaumitteln, die der Bund den Ländern speziell für den Um- und Ausbau von Bundesstraßen außerhalb des Bedarfsplanes zur Verfügung stellt“, so Kramme weiter.

Der Anbau von Zusatzfahrstreifen an der B 85 nördlich der A 70 habe auch keine Konsequenzen für die B 85 südlich der A 70, insoweit auch nicht für die Ortsumgehung Heinersreuth/Altenplos, teilte das Verkehrsministerium weiter mit.

Weiterhin trat Karin Roth Aussagen Friedrichs entgegen. Nach seiner Aussage bewegten sich auf der B 85 lediglich 8000 Fahrzeuge täglich. Nach einer Straßenverkehrszählung im Jahr 2005 habe sich das Verkehrsaufkommen zwischen Kulmbach und dem Neudrossenfelder Ortsteil Unterbrücklein auf 15386 Fahrzeuge in 24 Stunden belaufen.

**Kramme begrüßt Abstimmungsverhalten von CSU-Bürgermeistern im Bayerischen Städtetag für den Mindestlohn**

„Es gibt anscheinend noch Politiker, die sich nicht stur an die Parteilinie halten, sondern dem Verstand folgen und das Beste für die Menschen wollen. Ich kann das nur begrüßen“. Mit diesen Worten kommentierte die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) das Abstimmungsverhalten von sieben CSU-Bürgermeistern im Vorstand des Bayerischen Städtetages. Die CSU-Bürgermeister hatten sich gemeinsam mit ihren neun Vorstandskollegen für die Einführung eines Mindestlohns ausgesprochen.

„Das ist ein deutliches Zeichen an den bayerischen Ministerpräsidenten Günther Beckstein und die gesamte CSU, ihre Blockadehaltung gegenüber dem Mindestlohn schnellstens zu überdenken. Der Großteil der bayerischen Bevölkerung befürwortet die Einführung eines Mindestlohnes“, so Anette Kramme.

**PRESSEMITTEILUNGEN****Soziale Stadt: Mit BIWAQ Beschäftigung in Bamberg und Forchheim fördern**

Im April startet das neue Bundesprogramm „Soziale Stadt - Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ als arbeitsmarktpolitische Ergänzung zum Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“. Nach Auskunft der Bayreuther Bundestagsabgeordneten Anette Kramme (SPD) ziele das neue Programm auf Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung und Qualifizierung sowie zur Stärkung der lokalen Ökonomie in den Programmgebieten der Sozialen Stadt.

Kramme: „In unsrer Region sind in Forchheim mit „Forchheim Nord“ und in Bamberg „beiderseits der Bahnlinie“ entsprechende Quartiere ausgewiesen, die nun eine Chance auf eine zusätzliche Förderung bekommen. BIWAQ setzt fort, was wir im letzten Jahr mit dem Programm ‚Bildung, Beschäftigung, Teilhabe vor Ort‘ begonnen haben. Erstmals ist es uns damit gelungen, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sozialraumorientiert einzusetzen.“

BIWAQ ist auf einen längeren Zeitraum mit zwei geplanten Förderperioden von bis zu vier Jahren angelegt. Bis 2015 kofinanziert der Bund das Programm deutschlandweit mit 60 Millionen Euro. Hinzu kommen 104 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds. Der Aufruf zur Interessenbekundung und die Förderrichtlinie werden voraussichtlich im April 2008 unter [www.biwaq.de](http://www.biwaq.de) und im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Antragsberechtigt sind nicht nur Städte und Gemeinden, sondern auch alle anderen juristischen Personen des privaten und öffentlichen Rechts, rechtsfähige Personengesellschaften, Schulen, Bildungsträger und Verbände. Wie im Vorgängerprogramm werden die Fördermittel vom Bund in einem Wettbewerbsverfahren vergeben. Mit ersten Bewilligungen ist ab September zu rechnen.

„Wir wissen, dass in sozialen Brennpunkten bauliche Maßnahmen an Gebäuden, Wohnumfeld und Infrastruktur alleine nicht ausreichen. Wir brauchen zusätzlich sozial-integrative Maßnahmen, die Qualifikation fördern und Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen.“

Diese Maßnahmen sollen sich in die integrierten Entwicklungskonzepte vor Ort einpassen oder mit Investitionen der Städtebauförderung verschränkt werden. Außerdem müssen sie in Kooperation mit den relevanten Akteuren im Quartier durchgeführt werden“, so die Abgeordnete abschließend.

**Jetzt für den Bürgerpreis 2008 bewerben**

Wie die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) mitteilt, besteht ab sofort die Möglichkeit, sich für den Bürgerpreis 2008 zu bewerben. Der Bürgerpreis der Initiative „für mich, für uns, für alle“ richtet sich in diesem Jahr an die Menschen, die durch ihr Engagement für Kinder und Jugendliche den gesellschaftlichen Zusammenhalt in ihrem Umfeld fördern und sich für verstärkte Familienfreundlichkeit einsetzen.

Teilnahmeunterlagen finden Interessierte im Internet unter [www.buerger-engagement.de](http://www.buerger-engagement.de) oder können im Wahlkreisbüro von Anette Kramme angefragt werden. Die Bewerbungen nehmen zunächst an dem Wettbewerb für den lokalen bzw. regionalen Bürgerpreis teil. Die dabei ausgezeichneten Einsendungen qualifizieren sich für den nationalen Bürgerpreis. Für die lokalen Bewerbungen sind Einsendungen bis zum 31. Mai 2008 möglich.

<b>TERMINE</b>
----------------

**Freitag, 25.04.2008**

- Lesenacht anlässlich 75 Jahre Bücherverbrennung  
Stadtbücherei Pegnitz – 20 Uhr

**Samstag, 26.04.2008**

- Jubiläumsfeier 50 Jahre Bayerischer Siedlerbund  
Stadthalle Bayreuth – 13.30 Uhr
- Wahlkreiskonferenz  
Franken-Akademie Schloss Schney – 14 Uhr

**Montag, 28. April 2008**

- Politisches Kabarett, SPD-Abgeordnete im AK Hohn & Spott  
Kreiskulturraum Kronach – 19.30 Uhr

**Dienstag, 29. April 2008**

- Gespräch und Pressekonferenz bei der Bundespolizei  
Bundespolizeistandort Bayreuth – 9 Uhr
- Besichtigung des Klinikums mit dem AK Handicap  
Klinikum Bayreuth – 13 Uhr

**Mittwoch, 30. April 2008**

- Verleihung Ehrenbürgerrecht an Werner Ponsel  
Rathaus Bayreuth – 14 Uhr

**Donnerstag, 1. Mai 2008**

- Maifeier des Kreisverbandes Bayreuth  
TSV-Sportheim Mistelbach – 10 Uhr

<b>TERMINE</b>
----------------

**Sonntag, 4. Mai 2008**

- Konzertbesuch AG 60 plus  
Pflegeheim Bayreuth – 15 Uhr

**Samstag, 17. Mai 2008**

- Konzertbesuch AG 60 plus  
Hospitalstift Bayreuth – 15 Uhr

**Sonntag, 18. Mai 2008**

- Brauereiwanderung SPD Waischenfeld  
Brauerei Krug, Breitenlesau – 10 Uhr
- 900-Jahr-Feier Gundelsheim  
Turnhalle Gundelsheim – 19 Uhr

**Mittwoch, 21. Mai 2008**

- Konzertbesuch AG 60 plus  
BRK-Ruhsitz Bayreuth – 16 Uhr

**Donnerstag, 22. Mai 2008**

- Verleihung Georg-von-Vollmer-Medaille an Dr. Dieter Mronz  
Eremitage Bayreuth – 18 Uhr

**Samstag, 31. Mai 2008**

- Zukunftskonvent der SPD  
Messe Nürnberg – 11 Uhr

**Sonntag, 1. Juni 2008**

- Referat bei der AsF  
Reichenbach – 14 Uhr

<b>TERMINAUSBLICK</b>
-----------------------

**Freitag, 13. Juni 2008**

- Unterbezirkskonferenz zur Europawahlnominierung  
Ort noch offen – 19 Uhr

**Samstag, 11. Oktober 2008**

- Stimmkreiskonferenz zur Bundestagsnominierung  
Ort noch offen – 10 Uhr

**IMPRESSUM**

**Herausgeberin und V.i.S.d.P.:**

Anette Kramme, MdB

**Anschrift:**

Bahnhofstraße 1  
95444 Bayreuth

Tel.: 09 21 – 8 70 11 11

Fax: 09 21 – 8 70 12 54

info@anette-kramme.de

**Redaktion:**

Oliver Winkelmaier